

Kanton prüft Hochschulkosten – wo es sich sparen lässt

Die Baselbieter Regierung hat die Ausgaben unter die Lupe genommen. Ziel wäre gewesen, ab 2025 zwei Millionen einzusparen.

bz-Zeitung für die Region Basel, 30.3.2023

Kelly Spielmann

Aufgaben und Ausgaben des Kantons sind, so steht es in der Baselbieter Kantonsverfassung, periodisch «auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit sowie auf ihre finanziellen Auswirkungen und deren Tragbarkeit hin zu prüfen».

Soll heissen: Es muss regelmässig geprüft werden, ob das Geld, das der Kanton ausgibt, am richtigen Ort und in der richtigen Menge eingesetzt wird. Um eine solche Überprüfung vorzunehmen, hat der Regierungsrat 2017 via Finanz- und Kirchendirektion eine

interkantonale Vergleichsstudie in Auftrag gegeben. Diese ermittelte die vier Aufgabenfelder, in denen die finanzielle Differenz zwischen dem Baselbiet und anderen Kantonen am höchsten ist.

Ausbildungsbeiträge sollen nicht gekürzt werden

Diese Aufgabenfelder – Rechtsprechung, Berufsbildung, Umweltschutz sowie Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen – sollten in der aktuellen Legislatur überprüft werden. Nach den ersten drei liegt nun auch der Schlussbericht zu den Pädagogischen Hochschu-

len (PH) und Fachhochschulen (FH) vor.

Geplant war für die Hochschulen eine Optimierung von zwei Millionen Franken ab 2025, wie der Entwicklungs- und Finanzplan 2023-2025 zeigt. Diese Entlastung solle aus der Aufgabenüberprüfung hervorgehen.

Doch um diese für die PH und FH vorzunehmen, hat der Kanton erst eine Aktualisierung der Studie in Auftrag gegeben, denn die erste sei aufgrund der Datengrundlage sowie der Wahl der Vergleichskantone verzerrt gewesen, schreibt der Regierungsrat im Bericht. Und

mit der neuen Studie, die neue Kostendifferenzen hervorbrachte, zeigte sich: Der Kantonsvergleich fällt positiv aus. Bei den Beiträgen gemäss Fachhochschulvereinbarung weist der Kanton Baselland die tiefsten Kosten aus, bei den Globalbeiträgen und den Verwaltungskosten liegt er deutlich unter dem Durchschnitt.

Kooperationen mit anderen Schulen

Bei den Ausbildungsbeiträgen hat das Baselbiet höhere Kosten – das liege daran, dass andere Kantone für eine Zweitausbildung weniger Stipendien verge-

ben. «Aufgrund des Fachkräftemangels und des gesamtschweizerischen Trends zur Erhöhung von Ausbildungsbeiträgen wird jedoch auf die Empfehlung von Massnahmen verzichtet», so die Regierung.

Ein weiterer Punkt fällt ins Gewicht: Die Studiengänge Sekundarstufe I und Sekundarstufe II an der PH der Fachhochschule Nordwestschweiz weisen hohe Kosten auf. Das liege unter anderem am Rückgang der Neueintritte und der daraus folgenden geringeren Auslastung einiger Ausbildungsgefässe, aber auch an der vierkantonalen Struktur mit mehreren Standor-

ten. Eine vorgeschlagene Massnahme: Bei der Sekundarstufe II könnte für Fächer mit geringer Auslastung eine Kooperation mit anderen Pädagogischen Hochschulen der Schweiz in den Leistungsauftrag 2025-2028 aufgenommen werden.

Doch diese Massnahme führt nicht unmittelbar zu finanziellen Entlastungen – das angepeilte Optimierungspotenzial von zwei Millionen wird nicht erreicht. Daher entfällt dieses im Aufgaben- und Finanzplan 2023-2025. Dies, sofern der Landrat den Schlussbericht der Regierung so zur Kenntnis nimmt.